



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Ausbildungsverkehr als Motor für ÖPNV nutzen: 9-Euro-Ticket für Schüler landesweit fördern nach Magdeburger Vorbild

Der Landtag wolle beschließen:

- a) Der Landtag bedauert die Verzögerung der Einführung des 49-Euro „Deutschlandtickets“.
- b) Der Landtag bekennt sich zu seinem Beschluss, modellhaft das 365-Tage-Ticket 2023 im Land einzuführen (Drs. 8/1073).
- c) Der Landtag würdigt das Engagement der Kommunen, Verkehrsunternehmen und -verbände bei der Bereitstellung des Ausbildungsverkehrs, der besonders im ländlichen Raum das Rückgrat für den ÖPNV bildet.
- d) Der Landtag stellt fest, dass die Neufassung des § 9 ÖPNV-Gesetz, den Ausbildungsverkehr aus Landesmitteln zu finanzieren, seit 2020 unterlaufen wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. den Entschließungsantrag (Drs. 8/1895) mit Leben zu füllen und den ÖPNV schnellstmöglich flächendeckend im Land auszubauen,
2. nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Magdeburg ab August 2023 ein 9-Euro-Ticket für alle Schüler im Land zu fördern, und dafür die gesetzlichen und haushalterischen Anpassungen vorzunehmen sowie
3. die Barrierefreiheit beim Ticketing zu gewährleisten und Zeitfahrkarten auch in Papierform auszugeben.

Begründung

Bei der vergangenen Sitzung der Verkehrsminister wurde deutlich, dass die Finanzierungsfragen zum Deutschlandticket noch soweit ungeklärt sind, dass mit einer Einführung des 49-Euro-Tickets möglicherweise nicht vor Mai 2023 zu rechnen ist. Gleichzeitig weisen Sozialverbände und die einbringende Fraktion darauf hin, dass auch 49 Euro für viele Personen noch zu teuer sind, um alle Menschen zu erreichen und die Verkehrs- und Klimawende voranzubringen. Die von der Verkehrsministerin unseres Landes ins Spiel gebrachten 29-Euro-Tickets für junge Leute bis 25 Jahre bzw. das 365-Euro-Ticket weisen da in die richtige Richtung. Aus diesem Grund gilt es, den Landtagsbeschluss (Drs. 8/1073) für Modellprojekte zum „365-Tage-Ticket“ umzusetzen.

Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder von 1 Milliarde Euro noch für 2022 scheint auf den Weg gebracht, das eröffnet Chancen für den ÖPNV-Ausbau im Land. Jedoch fehlt es seit Jahren an Landesmitteln, die zusätzlich zu den Bundesmitteln in den ÖPNV fließen. Es ist eine Realität, dass es im ländlichen Raum noch schlechter um die Anbindungen im ÖPNV stünde, müssten nicht die Schüler zur Ausbildung gebracht werden. Auch das finanziert trotz jahrelanger Lippenbekenntnisse noch immer der Bund für das Land. Dieses Geld ist eigentlich für den Infrastrukturausbau im ÖPNV vorgesehen und fehlt den Kreisen und Verkehrsunternehmen entsprechend. 40 Prozent der ÖPNV-Zuweisungen an die Kreise ergeben sich aus den 31 Millionen Euro jährlich für den Schülerverkehr. Die Landesregierung muss eigene Mittel in die Hand nehmen, um die Kreise bei der Erbringung des ÖPNV zu unterstützen, nicht zuletzt auch aufgrund der zusätzlichen Probleme von Inflation und Kostensteigerungen.

Bedingung für die Nutzbarkeit des ÖPNV sind neben dem Fahrpreis vor allem der Ausbau und die Qualität des ÖPNV, insofern ist der Entschließungsantrag der Koalition zu Bussen und Bahnen (Drs. 8/1895) zu unterstützen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat zum August 2023 ein 9-Euro-Ticket für alle Schüler der Stadt beschlossen, die bisher noch nicht zeitweise kostenfrei fahren konnten. Für etwa 22.000 Schüler der Stadt bedeutet das gleichzeitig eine Nutzungsausweitung auch an Wochenenden, Ferientagen und Abendstunden. Die CDU hat sich enthalten im Magdeburger Stadtrat, weil sie den Kommunalhaushalt dafür überbeansprucht sieht und Landes- und Bundesmittel dafür als nötig erachtet, was die einbringende Fraktion teilt.

Diesen Vorstoß der Stadt Magdeburg gilt es zu unterstützen und auszuweiten auf das gesamte Land. Dafür soll die Landesregierung entsprechend das ÖPNV-Gesetz und das FAG anpassen. Im Haushaltsplanentwurf 2023 sind dafür die Mittel vorzusehen, wie auch für das 365-Tage-Ticket-Modellprojekt.

Bei allen zukünftigen Zeitfahrtscheinen ist die Barrierefreiheit beim Ticketing zu berücksichtigen, so dass die Fahrausweise nicht nur digital zu erwerben sind.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz